

Stellungnahme des Herrn Stv. Lang für die CDU-Fraktion zum Haushalt 2018

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

aus aktuellem Anlass ergreife ich die Gelegenheit, Ihnen Herr Bürgermeister Christian Somogyi zu Ihrer Wiederwahl und den damit verbundenen Vertrauensbeweis im Namen der CDU-Fraktion herzlich zu gratulieren. Im Sinne der Stadt und ihrer Bewohner wünsche ich Ihnen für die weiteren Jahre Ihrer Amtszeit Gesundheit, Tatkraft, Geschick und daraus resultierend Erfolg. Sie werden, Herr Bürgermeister, als Kämmerer und Letztverantwortlicher für den Gesamtkonzert Stadt von mir jetzt auch einiges Kritisches zu hören bekommen, verstehen Sie dies bitte stets als Kritik in der Sache.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung und Eigenbetriebe danke ich bereits eingangs für die mit der Erstellung der Haushalts- und Wirtschaftspläne verbundene große Arbeit. Mit diesem Dank verbinde ich zwei große Bitten:

Wir hätten künftig im Haushaltsplan wie in den Wirtschaftsplänen eine Aufstellung der Haushaltsmittel, die in das Folgejahr übertragen werden und wir hätten auch generell gerne mehr Erläuterungen in diesen Plänen.

Der jährliche Haushalt und die Wirtschaftspläne sind die Grundlage für das politische Handeln der Stadt. Der Haushalt zeigt den aktuellen Finanzstatus auf und legt die politischen Ziele für das laufende Jahr fest. Er erschließt die notwendigen Handlungsspielräume für die städtischen Maßnahmen und eröffnet Perspektiven für die Zukunft.

Die CDU-Fraktion gelangt vor diesem Hintergrund zu folgender Einschätzung: Angesichts einer überdurchschnittlich guten Wirtschaftslage muss der im städtischen Ergebnishaushalt ausgewiesene Überschuss von 779 € als enttäuschend niedrig eingestuft werden. Wir hätten uns mehr versprochen, da doch 2018 hinsichtlich der Einkünfte und der Umlagen ein so ungewöhnlich gutes Jahr zu werden verspricht. Schauen wir uns die prognostizierten Steuererträge an. Das für die deutsche Wirtschaft vorhergesagte Wachstum in Höhe von 2,2 % gegenüber 1,9 % im letzten Jahr geht auch an Stadtallendorf nicht spurlos vorbei. Die Gewerbesteuer kann 2018 folglich gegenüber 17 um 2,2 Mio. höher angesetzt werden. Dies bedeutet gegenüber dem Ergebnis von 16 sogar eine Zunahme von über 5,7 Mio. €.

Zum zweiten erhöht sich der Verteilerschlüssel für den Einkommenssteueranteil für unsere Stadt ab 18 um 3,5 %. Deshalb und wegen der guten Konjunktur ist der Ansatz für die Einkommenssteuer sowohl gegenüber dem Ergebnis 16, als auch dem Ansatz 17 um mehr als 1,3 Mio. € höher.

Drittens explodiert der Umsatzsteueranteil geradezu. Erhöht sich im Ansatz 18 gegenüber 17 um eine glatte Millionen. Von 2,75 auf 3,75 Mio. €.

Viertens können die Einkünfte aus der Grundsteuer B in Folge der Heraufsetzung des Hebesatzes zum 01.01.17 gegenüber dem Ergebnis von 16 in 18 um rd. 550.000 € höher angesetzt werden.

In der Summe können in 18 als Steuererträge 4,7 Mio. € mehr als ein 2017 angesetzt werden. Gegenüber dem Ergebnis von 16 beträgt die Zunahme sogar 8,75 Mio. €. Zusätzlich ergibt sich durch die Auflösung der Rückstellung für Finanzausgleich in 18 ein Mittelzufluss in Höhe von 1,15 Mio. € und erhält die Stadt gleichzeitig Zuweisungen von privaten Unternehmen in Höhe von 1,185 Mio. €. Alles in allem erhöht sich der Ansatz 18 der ordentlichen Erträge gegenüber dem Ansatz 17 um rd. 3,35 Mio. €, vergleicht mit dem Ergebnis 16 liegt er sogar 10,97 Mio. € darüber. Selbstverständlich müssen diesen Einkünften die von der Stadt zu entrichtenden Umlagen gegenüber gestellt werden. Auch hierbei stellt sich die Situation für unsere Stadt ausgesprochen günstig dar. Zum ersten wird auch für 18 die Einwohnerzahl vom 31.12.2015 zugrunde gelegt, was für die Stadt von Vorteil ist. Zweitens besteht für die Gewerbesteuerumlage durch die Übernahme des Nivellierungshebesatzes ab 01.01.2016 kein Nachteil mehr wie in der Vergangenheit, für die Grundsteuern wurden die Nivellierungshebesätze erst ab 01.01.2017 übernommen, weshalb sich für 18 noch ein kleiner Nachteil ergibt, der dann aber ab 19 auch nicht mehr vorhanden sein wird.

Drittens sind da fakto für die Gewerbesteuerumlage ausgehend von 69 % in 16 über 68,5 % in 17 nun in 18 auf 68 %. Schließlich sinkt der Hebesatz der Kreisumlage in 18 um 0,5 Punkte auf 31,76, zusammen mit der Schulumlage ergibt sich für dieses Jahr ein Hebesatz von 52 % gegenüber 52,5 im letzten Jahr und 53 im vorvergangenen Jahr.

Angesichts der Steuerkraft von Stadtallendorf können all diese günstigen Faktoren natürlich nicht verhindern, dass sich die Umlagen erhöhen. Sie verringern lediglich die Erhöhung, so dass diese in 2018 ca. 3,5 Mio. € beträgt. Entscheidend ist jetzt, was der Stadt letztlich verbleibt. Also die Differenz der Gesamtsteuereinkünfte und der kassenwirksamen Umlagen. Diese Differenz erhöht sich 18 gegenüber 17 um ca. 1,195 Mio. €, d. h. die Stadt hat im Endeffekt rd. 1,2 Mio. Steuergelder mehr im Säckel als 2017. 1,2 Mio. mehr.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich es auf den Punkt bringen: Es verbleiben 2018 netto an Steuererträgen 20.185.000 €. Zusammen mit den anderen ordentlichen Erträgen ergeben sich netto rd. 28.200.000 €. Zieht man hiervon die Abschreibung von rd. 2.700.000 ab, so verfügt die städt. Haushaltswirtschaft über 25. Mio., also knapp 25,5 Mio. € im Jahr 18.

Unausweichlich stellt sich jetzt die Frage: „Warum kommen bei dieser hohen Summe als Ergebnis im Ergebnishaushalt nur eine solch kümmerliche schwarze Null in der Höhe von 779 € heraus?“

Wenden wir uns also den Aufwendungen zu: Was zeigt der Blick auf die Personal- und Versorgungsaufwendungen?

Die Bruttosumme der Planung 18 liegt um 12,28 über dem Ergebnis 16. Jenes lag allerdings schon 22,3 % über dem Ergebnis von 2014. Bei den Nettosummen fallen die Prozentsätze noch höher aus. Dabei lag die Erhöhung durch die Kitaplätze für unter Dreijährige bedingt war, hauptsächlich bereits zum Haushaltsübergang von 2012 nach 2013. Gerade der zweifache Zweijahresvergleich verdeutlicht die Brisanz der Entwicklung. Bereits in meiner Haushaltsrede im Februar 16 wies ich auf diese Problematik unmissverständlich hin. Genauso wie damals moniere ich die starke Erhöhung der ausgewiesenen Stellen. Sie beträgt für den Gesamtkonzern Stadt 18 gegenüber 17 7,27 Stellen gegenüber 15 sogar 11,54 Stellen.

Werden wir bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und sonstige ordentlichen Aufwendungen ebenfalls fündig. Hier wird im Vorbericht des Haushaltsentwurfs auf eine Abnahme von insgesamt 269.000 € verwiesen, jedoch ist festzustellen, dass der Ansatz 18 mehr als 1,9 Mio. € über dem Ergebnis 16 liegt. Den mit Abstand größten Brocken machen die Mietzahlungen an Dul aus. In der Summe der vier Einzelposten erhöhen sich diese von

16 bis 18 um knapp 1,2 Mio. €. Eine tiefgreifende Analyse scheint hier unumgänglich und bereits vorwegnehmend sage ich, ein einfacher Hinweis auf getätigte Investitionen wie z. B. für den Baubetriebshof wäre uns an dieser Stelle zu wenig.

Etliche weitere Aufwendungen aus diesem Bereich erhöhen sich im genannten Zweijahreszeitraum um jew. einen fünfstelligen Betrag, was in jedem Einzelfall auf künftige Entwicklungen hin zu hinterfragen ist.

An dieser Stelle drängt sich die Betrachtung des Wirtschaftsplanes des Eigenbetriebes Dul auf. Sowohl im Erfolgsplan, als auch im Vermögensplan stimmen die Erträge mit den Aufwendungen überein. Dies ist deswegen nicht verwunderlich, weil Dul neben den bereits ausgesprochenen Grundmieten und den Nebenkostenerstattungen auch stets einen Defizitausgleich von der Stadt zur Deckung seiner Gebäudekosten erhält. Auffälliger als die knapp 59.000 €, um die sich Betriebs- und Unterhaltungskosten gegenüber letztem Jahr erhöhen, ist der Jahr für Jahr kontinuierlich wachsende Gewinnvortrag von Dul, der am Jahresende 16 stolze 4,33 also 4.337.000 € betrug und sich aller Wahrscheinlichkeit nach zum 31.12.17 weiter erhöht haben dürfte.

Ich kann hier nur meine dringende Frage von vor zwei Jahren wiederholen, warum nicht wenigstens ein Teil der genannten Gewinne an den städt. Haushalt zurückgegeben werden?

Schwer verständlich ist für uns ferner die Tatsache, dass alle alten Heizungsanlagen immer wieder mit aufgenommen werden. Es werden doch bestimmt nicht alle Anlagen auf einmal ausfallen. Wäre es nicht sinnvoll, ein Produkt als Oberbegriff für die Heizungsanlagen zu nehmen und diese den städt. und nicht den einzelnen Gebäuden zuzuordnen. Dadurch könnte der Ansatz auf jeden Fall verringert werden.

Einen Satz des Vorberichtes möchte ich in besonderer Weise aufgreifen. Ich zitiere: „Die Anzahl der Gebäude und der Ausstattungsstandard bestimmen die von der Stadt zu tragenden Kosten.“ Folgerichtig wurde in 2016 der Arbeitskreis „Immobilien“ gegründet, der leider im November 16 letztmals einberufen wurde. Im Rahmen der systematischen Betrachtung der kostenintensivsten Objekte stellte sich damals der Kinderhort Iglauer Weg als einzige Immobilie heraus, von der sich die Stadt sinnvollerweise trennen könnte. Dank einer großen Anfrage der FDP, deren Beantwortung uns zur heutigen Sitzung vorgelegt worden ist, erfahren wir die Stellungnahme des Betriebsleiters vom 30.06.17. Er schreibt zur Bauunterhaltung Kinderhort „Iglauer Weg“. Ich zitiere: „Vor Umsetzung der Prioritätsstufe 2 (rd. 373.000 € Brandschutz) und Prioritätsstufe 3 (rd. 795.000 € Bauunterhaltung) ist in 2017 eine Entscheidung über die dauerhafte Weiternutzung im Rahmen der Beurteilung Arbeitskreis „Immobilien“ zu treffen.“ Diese Beratung hat, wie erwähnt, niemals stattgefunden. Stattdessen sind durch die Beantragung und Ausstellung des Förderbescheids im Rahmen des inzwischen abgeschlossenen ersten Projekts „Soziale Stadt“ an den Stadtverordneten vorbei Fakten geschaffen worden. Der Kinderhort Iglauer Weg bleibt im städt. Eigentum und wird aufwendig saniert werden. Mit diesem Ergebnis in der Sache kann die CDU leben, nicht allerdings mit der vom Bürgermeister praktizierten Verfahrensweise. Herr Somogyi, an dieser Stelle spreche ich Sie einmal ausnahmsweise persönlich an, wir fordern Sie auf, künftig nicht mehr in dieser Weise mit uns Stadtverordneten umzugehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, auch zum Wirtschaftsplan der Stadtwerke möchte ich Ihnen die Einschätzung meiner Fraktion nicht vorenthalten. Hier weist der Erfolgsplan 18 einen Jahresverlust von 640.716 € aus, wobei im Betriebszweig Abwasserbeseitigung rd. 400.000 € und die Wasserversorgung 224.000 € Verlust vorhergesehen werden. Für die Abwasser- wie für die Wassergebühren fordern die Stadtwerke eine Erhöhung. Entsprechende Ankündigungsbeschlüsse hat die Stadtverordnetenversammlung im Dezember 17 gefasst. Die CDU-Fraktion stimmte hierbei trotz aller Bedenken zu. Die neuen Gebührenerhöhungen, sofern sie überhaupt notwendig sind, hätten von der Verwaltung

zeitiger vorbereitet werden müssen, damit sie in die Haushaltsplanung 18 hätten einfließen können. Da dies jetzt nicht der Fall ist, sind die Haushaltsansätze auf verwertbare Weise ungenau. Sollten die Gebührenerhöhungen tatsächlich kommen, dann stimmt das ganze geplante Zahlenwerk nicht mehr.

Beim Betriebszweig Schwimmbäder fällt auf, dass unabhängig vom unvermeidlichen Investitionskostenzuschuss für die Tilgung in Höhe von 342.000 € noch ein städt. Zuschuss zum Defizitausgleich in Höhe von ca. 1,09 Mio. € eingeplant ist. Also 1.090.000. Dies ist deutlich mehr als zu Zeiten des alten Hallenbades, als dieser Wert um die 800.000 € schwankte. Hier kann es nur das Ziel sein, durch eine erhöhte Nutzung des attraktiver gewordenen Alldomare eine deutliche Defizitabsenkung zu erreichen.

Lassen Sie mich das Fazit meiner Analyse des Haushalts und der Wirtschaftspläne ziehen und an die eingangs erwähnten Grundsätze anknüpfen:

Sparsamkeit und der maßvolle Umgang mit den Steuereinnahmen der Bürger und der Unternehmen sollten sich wie ein roter Faden durch den Haushalt ziehen. Das bedeutet, die finanziellen Mittel sparsam und effizient einzusetzen und alle überflüssigen Belastungen der Bürger und Unternehmen zu vermeiden. Das scheint der CDU-Fraktion in den vorgelegten Plänen nicht in jedem Falle sichergestellt zu sein. Wir vermissen einen ausdrücklichen Sparwillen. Wir haben stattdessen den Eindruck, dass der Grundsatz des Haushalt- und der Wirtschaftspläne ein „IMMER WEITER SO“ ist. Diese Mentalität kann sich einigen Tages sehr rächen. Als Beleg dafür, dass dies keine Schwarzmalerei seitens der CDU-Fraktion ist, darf ich aus dem Heft EURO Ausgabe 01/2018 Rene Geißler zitieren, der in der Bertelsmannstiftung für kommunale Finanzen zuständig ist:

„Die Ruhe ist trügerisch. Denn wenn die Steuereinnahmen mit der nächsten Konjunkturschwäche wegbrechen, werden die kommunalen Haushalte flächendeckend in Schwierigkeiten geraten, denn die Ausgaben steigen unbeirrt weiter.“

Die Zuschüsse in Millionenhöhe aus der freien Wirtschaft im letzten und in diesem Jahr dürfen sich nicht kontraproduktiv auswirken. In der Tat muss man den beteiligten Unternehmen dafür sehr dankbar sein, allerdings haben wir bisher keine Antwort auf die Frage erhalten, wohin konkret diese Gelder geflossen sind. Es müsste doch erkennbar sein, welche besonderen Maßnahmen hiervon für den Bürger gefördert wurden. Sonst trägt ein solches Sponsoring nur dazu bei, dass der Grundsatz der Sparsamkeit aus den Augen verloren wird. Würde man wirtschaftlicher arbeiten, so könnte man an anderer Stelle mehr dringend geforderte Vorhaben umsetzen. Die dankenswerterweise sog. Wunschlisten der Ortsbeiräte zeigen hinreichend viele Möglichkeiten, Anliegen der Bürger der Stadtteile zu erfüllen. Die CDU beschränkte sich bei ihren Mittelanmeldungen auf die Kernstadt. In der gebotenen Kürze gehe ich auf die Antwort der Verwaltung jetzt ein:

1. Die Sanierung des Kindergartens Hofwiesenweg wird in 2018 sowohl planerisch, wie auch hinsichtlich der Beantragung der Fördermaßnahmen und auch der Ausschreibung so zeitig in Angriff genommen werden, dass sie in 2019 ausgeführt werden kann. Die Sanierung des Kindergartens St. Martin in Süd beginnt im März 18 mit einer Begehung und Bestandsaufnahme und ab Juli 18 mit der Erstellung des Gesamtkonzepts. Die Ausführung kann erst nach der Sanierung des Kindergartens Hofwiesenweg beginnen. Die genannten Zeitpläne leuchten der CDU-Fraktion ein, wir legen allerdings Wert darauf, dass zwischen den beiden Ausführungen nicht unnötig Zeit verstreicht.
2. Neugestaltung des Bürgersteigs und der Parkbucht in der Niederkleiner Straße in Höhe Spielhalle bis zum Laden „Geschenke Zein“ (früher Kostial). Der städt. Haushalt hatte hierzu in der Vergangenheit einen Betrag von 130.000 € bereitgestellt. Im Entwurf des Haushalts 18 sollen diese Mittel um weitere 50.000 € verstärkt werden. Die CDU-

Fraktion findet das gut und erwartet eine baldige Umsetzung.

3. Pflege des Heinz-Lang-Parks sowie das Aufstellen weiterer Bänke dort.
Für alle städt. Grün- und Parkanlagen sind in 18 insgesamt 446.000 € veranschlagt. Hieraus wird auch der Heinz-Lang-Park laufend in Stand gehalten. Für die Anschaffung von Bänken für diesen Park ist ein Haushaltsrest von 20.000 € vorhanden. Die CDU begrüßt das und freut sich auf eine regelmäßige Parkpflege und die zeitgemäße und die zeitige Anschaffung der Bänke.
4. Ausbau des Kronrings vor Abzweigung Fliederweg und des Kronackerrings zwischen Abzweigung Fliederweg und Abzweigung A sternweg
Für diese Maßnahme stehen als Haushaltsrest insgesamt 350.000 € zur Verfügung. Das Projekt befindet sich in der Phase der Vorplanung. Für die CDU-Fraktion ist das eine erfreuliche Maßnahme.
5. Ausbau der Hahnengasse als Abzweigung Bachstraße bis Einmündung in die Mittelstraße. Hierfür sind in 18 keine Mittel veranschlagt. Diese Maßnahme wäre beitragspflichtig, weshalb die CDU-Fraktion es nachvollziehen kann, dass die Verwaltung zunächst die Anlieger hierzu befragen möchte.
6. Beleuchtung Kirchweg
Ein Ortstermin mit Bürgermeister und Erstem Stadtrat fand vor wenigen Tagen statt. Nach Aussage des Ersten Stadtrates befindet sich die Realisierung auf einem guten Weg.
7. Verfügungsmittel für den Ersten Stadtrat
Der Erste Stadtrat erhält auch künftig keine eigenen Verfügungsmittel. Vertritt er den Bürgermeister, so wird er wie bisher durch einen durch die Verfügungsmittel des Bürgermeisters gedeckten Scheck überreichen. Der amtierende Erste Stadtrat kann mit der Fortführung dieser Praxis leben und solange dies der Fall sein wird, gilt das auch für die CDU-Fraktion.

Zusammenfassend darf ich zur Antwort des Bürgermeisters auf unsere Mittelanmeldung festhalten, dass uns in den meisten Fällen Hoffnung gemacht wird. Was die zeitliche Umsetzung betrifft, so hoffen wir, dass das Ganze jeweils schneller geht als die Verwirklichung mancher Stadtparlamentsbeschlüsse.

Welches Abstimmungsverhalten der CDU-Fraktion ergibt sich aus all dem Gesagten:

Bei aller grundsätzlichen Kritik und Unzufriedenheit in einigen konkreten Punkten, der Gesamtkonzern Stadt braucht so schnell wie möglich einen genehmigten Haushalt und beschlossene Wirtschaftspläne. Die darin enthaltenen Maßnahmen, denken wir beispielsweise nur an die Feuerwehrgerätehäuser in Erksdorf und der Kernstadt, werden von uns mitgetragen und unterstützt. Ganz im Gegenteil sehen wir gerne, wie eben ausgeführt, noch mehr Projekte in Angriff genommen und verwirklicht. Deshalb wird die CDU-Fraktion dem städt. Haushalt und den beiden Wirtschaftsplänen heute zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.